

---

# **Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über den Friedensvertrag mit Deutschland, 10. März 1952**

---

## **Zusammenfassung**

Die sogenannte Stalin-Note vom 10. März 1952 war formell ein Vorschlag der Sowjetunion an die anderen drei Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges, die USA, Großbritannien und Frankreich, zusammen mit einer gesamtdeutschen Regierung über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu verhandeln. Die zugleich vorgelegten "Grundlagen" für einen solchen Vertrag skizzierten ein vereintes, demokratisch verfaßtes und neutrales Deutschland. Der sowjetische Vorstoß zur Überwindung der deutschen Spaltung traf zeitlich zusammen mit den kurz vor dem Abschluß stehenden Bemühungen zur politischen und militärischen Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem. Deshalb wurde er von den Adressaten und vor allem von Bundeskanzler Adenauer als nicht seriös gemeintes "Störmanöver" eingestuft. Da die tatsächliche sowjetische Konzessionsbereitschaft, insbesondere die Bereitschaft, die DDR zugunsten eines demokratischen und neutralen Gesamtdeutschland preiszugeben, nicht in Verhandlungen ausgelotet wurde, blieben indes Zweifel offen, die die Grundlage für eine seit Jahrzehnten anhaltende Diskussion zwischen den Polen "Chance" oder "Täuschung" bilden.

## **Einführung**

Als die Sowjetunion ihren diplomatischen Vorstoß unternahm, lag die Aufspaltung Deutschlands in zwei Staaten noch keine drei Jahre zurück. Der Ost-West-Konflikt hatte sich aber durch den Einfall nordkoreanischer Truppen in Südkorea im Juni 1950 stark verschärft. Damit rückte die Frage der Aufstellung westdeutscher Streitkräfte auf die Tagesordnung. Wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch des NS-Regimes lösten solche Pläne, die international vor allem von den USA vorangetrieben wurden, vielfach Besorgnis und Widerstände aus. In der Bundesrepublik spielte neben der Erinnerung an den Militarismus als einer der Stützen des Dritten Reichs auch die Furcht vor einer Vertiefung der deutschen Spaltung eine Rolle. Solche Bedenken wurden vor allem bei der SPD, den Gewerkschaften und von Teilen der evangelischen Kirche formuliert. Gustav Heinemann, Präses der gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, trat im Herbst 1950 als Bundesinnenminister zurück, als er erfuhr, daß Adenauer ohne Rücksprache im Kabinett den Westmächten ein Kontingent deutscher Soldaten angeboten hatte. Neben der Abwehr des Kommunismus war für Adenauer das Motiv der schrittweisen Rückgewinnung der staatlichen Souveränität ausschlaggebend. Daß dies aber nicht zu einer Rekonstruktion der labilen Staatenordnung der Zwischenkriegszeit führen konnte und durfte, war allen maßgeblichen Politikern klar. So sollten, analog zum Schuman-Plan für die gemeinsame Verwaltung der Montanindustrie auch die neuen westdeutschen Streitkräfte in europäische Einheiten eingebunden werden. Damit sollten nicht zuletzt die starken französischen Bedenken gegen westdeutsche Soldaten besänftigt werden, die politisch vor allem von Gaullisten und Kommunisten artikuliert wurden.

Die deutschlandpolitischen Verwerfungen im Westen boten wiederum Anknüpfungspunkte für sowjetische Initiativen. Im November 1950 schlug die Sowjetunion den Westmächten eine Konferenz zur Prüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens bezüglich der Entmilitarisierung vor. Die daraufhin in Paris einberufene Vorkonferenz schleppte sich drei Monate lang, von Anfang März bis Ende Juni 1951, dahin und blieb ergebnislos. Die Westmächte und die von Andrej Gromyko vertretene Sowjetunion hatten sich noch nicht einmal auf eine Tagesordnung für die geplante Außenministerkonferenz einigen können. Es folgten im Herbst und Winter 1951 Vorstöße der SED für gesamtdeutsche Wahlen, mit denen die "Deutschen an einen Tisch" geholt werden sollten – eine Initiative, die die DDR mit ihrer Ablehnung der Kontrolle solcher Wahlen durch eine vom Westen initiierte UNO-Kommission dann selbst scheitern ließ. Nach diesen letztlich wenig beeindruckenden Manövern der Statthalter in Berlin meldete sich am 10. März 1952 die östliche Vormacht selbst zu Wort und ging dabei so weit wie nie zuvor. Die sowjetische Note bot Ansatzpunkte für die Auffassung, in die Behandlung der deutschen Frage könne neue Bewegung kommen und die Vereinigung in greif- oder wenigstens sichtbare Nähe rücken.

Ansatzpunkt der Note war das Fehlen eines Friedensvertrags mit Deutschland noch sieben Jahre nach Beendigung des Krieges. Die Sowjetunion erklärte hierbei ihre Unterstützung der Bitte der DDR an die vier Mächte, den Abschluß eines Friedensvertrages zu beschleunigen, was ihr den Anschein einer Fürsprecherin deutscher Interessen im Kreis der Siegermächte geben sollte. Tatsächlich war bereits vorab im Moskauer Außenministerium das Szenario entworfen worden, daß die Sowjetunion auf den Appell der DDR mit einer Note an die Westmächte reagieren würde. Die UdSSR schlug vor, alsbald einen Friedensvertragsentwurf zu erarbeiten und diesen in einer internationalen Konferenz zu behandeln. Zu den Teilnehmern dieser Konferenz sollte auch eine gesamtdeutsche Regierung gehören. Die vier Mächte, so hieß es in der Note, sollten daher "die schleunigste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern". Näheres über den Modus dieser Regierungsbildung wurde nicht ausgesagt. Die Sowjetunion fügte ihrer Note bereits einen Entwurf über Grundlagen eines Friedensvertrags mit Deutschland bei, der die eigentliche Substanz des diplomatischen Vorstoßes enthielt. In der Präambel des Entwurfs wurde als Ziel die "Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staates in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen" bestimmt. Konkret sollte dies erreicht werden durch die Herstellung der staatlichen Einheit, den Abzug der Besatzungsmächte binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, Gewährleistung demokratischer Rechte und Freiheiten, wobei "Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind" nicht bestehen dürfen sollten. Bemerkenswerterweise wurden aber explizit allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee und sogar ehemaligen Nazis, soweit sie nicht gerichtlich verhängte Strafen wegen ihrer Verbrechen verbüßten, ausdrücklich gleiche bürgerliche Rechte zugesprochen. Während diese Klausel offenkundig dazu gedacht war, die Sympathien deutscher nationalistischer Kreise zu gewinnen, und somit eher propagandistischen Charakter trug, war die Bestimmung, daß Deutschland sich verpflichte, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen einen der früheren Kriegsgegner richteten, höchst substantiell. Das einheitliche Deutschland sollte als neutraler Staat konstituiert werden, und damit wären die Pläne zur militärischen Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis obsolet geworden. Der sowjetische Entwurf sah dagegen für Deutschland eigene nationale Streitkräfte aller drei

Waffengattungen in dem zur Verteidigung des Landes notwendigen Umfang vor, inklusive einer eigenen Rüstungsindustrie. Das Staatsterritorium sollte durch die Grenzen bestimmt werden, die in Potsdam festgelegt worden waren. Allerdings war auf der Konferenz keine völkerrechtlich bindende Grenzziehung vorgenommen, sondern nur eine vorläufige Regelung getroffen worden. Die Klausel im sowjetischen Entwurf zielte aber ganz offensichtlich auf eine dauerhafte Festschreibung der Oder-Neiße-Grenze ab. Dies und die Festschreibung der dauerhaften Neutralität bildeten den Preis für das sowjetische Wiedervereinigungsangebot.

Die Fragen, die dieses im Westen aufwarf, richteten sich allerdings weniger auf den Preis, sondern darauf wie seriös dieses Angebot war und was es tatsächlich beinhaltete. Die Erfahrungen in den Ländern Südost- und Ostmitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg hatten Anlaß genug gegeben, dem sowjetischen Verständnis von "Demokratie" und "Friedensliebe" zu mißtrauen. Angesichts der im Ostblock praktizierten sowjetischen Hegemonialpolitik war es überraschend, daß die Sowjetunion nun ein Angebot unterbreitete, das auf die Preisgabe der DDR hinauslaufen mußte. Obwohl in der Sowjetunion selbst Zeit ihres Bestehens die Note nur als ein Glied einer Kette von Vorschlägen der stets nur dem Frieden dienenden Außenpolitik der UdSSR dargestellt wurde, ging der Wortlaut der Note damit tatsächlich weit über bisherige Angebote hinaus.

Das verfehlte seine Wirkung bei den Adressaten nicht. Entgegen Bundeskanzler Adenauers Stellungnahme, der die Note umgehend als eine gegen seine Politik der Westintegration gerichtete Stör- und Täuschungsmanöver qualifizierte, und obwohl außer Kommunisten und einigen Neutralisten, niemand in der Bundesrepublik sie mit offener Begeisterung aufnahm, erhoben sich doch gewichtige Stimmen in Politik und Publizistik, die eine Auslotung des sowjetischen Angebots auf diplomatischem Wege befürworteten, um nicht eine Chance zur Herstellung der Einheit zu verpassen. Diese Position vertraten nicht nur Oppositionsführer Kurt Schumacher (SPD) oder der Publizist Paul Sethe von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", sondern auch Adenauers eigener Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser. Adenauer hingegen lehnte Gespräche ab, weil er befürchtete, durch sowjetische Manöver könnten sie in die Länge gezogen werden und so zur Verschleppung der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags und des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft führen, die einen weitgehenden Rückgewinn von Souveränitätsrechten und den militärischen Beitrag Westdeutschlands für die westliche Verteidigungsgemeinschaft regelten. Adenauer sah realistische Chancen für Verhandlungen erst dann gegeben, wenn sie vom Westen aus einer Position der Stärke heraus geführt werden könnten.

In Frankreich gerieten vor allem die Kommunisten, die die EVG-Pläne heftig bekämpft hatten, in einen Zwiespalt, denn sie hatten in traditioneller Parteidisziplin nun einen Vorschlag der Sowjetunion zu verteidigen, der nicht nur einem neutralisierten Deutschland eigene Streitkräfte zugestand, sondern in dem auch noch offen um die Sympathie der ehemaligen Nationalsozialisten geworben wurde. Ob dies der Intention entsprach "einen positiven Einfluß auf die Haltung der französischen Patrioten" auszuüben, "die gegen den Wiederaufbau des deutschen Militarismus antreten", wie dies in einem der Vorbereitungspapiere für die Note ausgeführt wurde, kann man bezweifeln. Nichtsdestoweniger brachte die Note die Sowjetunion zunächst einmal diplomatisch in die Offensive. Die Westmächte konterten in ihrer Antwortnote vom 25. März 1952, indem sie die Schwachpunkte des sowjetischen Vorstoßes hervorhoben: Man pochte auf freie Wahlen und die Überprüfung ihrer Vorbedingungen durch die von der DDR brüskierte UNO-Kommission, ferner darauf, daß das vereinigte Deutschland selbst frei über den

Beitritt zu Bündnissen entscheiden sollte und erinnerte daran, daß in Potsdam keine endgültigen Entscheidungen über die Grenzregelung getroffen worden seien, die vielmehr einer Friedensregelung vorbehalten bleiben müßten. Die Schaffung eines neutralen Deutschland mit eigenen Streitkräften sei ein Rückschritt gegenüber den friedenssichernden Bemühungen um eine europäische Integration. Mit dieser Antwort wurde deutlich genug, daß keine Verhandlungsbasis bestand. Der weitere Notenwechsel, der sich bis Ende September 1952 hinzog und der nochmals jeweils drei diplomatisch Dokumente jeder Seite hervorbrachte, die sich vor allem um die Frage der Organisation freier Wahlen in Gesamtdeutschland drehten, diente nur noch dem Ringen um Einfluß in der deutschen Öffentlichkeit, zumal mit der Unterzeichnung von Deutschland- und EVG-Vertrag bereits im Mai 1952 Fakten geschaffen worden waren.

Aus den Aufzeichnungen über Gespräche Stalins mit der SED-Führung am 1. und 7. April 1952 weiß man inzwischen definitiv, daß auch von sowjetischer Seite der Notenwechsel nur aus propagandistischen Gründen fortgeführt wurde. Die Frage aber, ob nicht schon die erste sowjetische Note ein Propagandamanöver war oder ob ihr ernsthafte Absichten zugrunde lagen, die erst infolge der westlichen Antwortnote aufgegeben wurden, wird weiterhin heftig debattiert. Während Wilfried Loth, der 2002 eine ganze Reihe von Schlüsseldokumenten zur Entstehungsgeschichte in der deutschen Übersetzung ediert hat, argumentiert, die detaillierte Vorbereitung der Note, die von der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums unter Michail Gribanov bis ins Politbüro hinein verfolgt werden könne, belege die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Vorstoßes und die Bereitschaft, die DDR zugunsten der Schaffung eines neutralen Deutschland zu opfern, hält Hermann Graml die Note auch im Lichte der neuen Dokumente weiterhin für ein propagandistisches Manöver, mit dem die Verantwortung für die deutsche Spaltung dem Westen zugeschoben werden sollte, während das tatsächliche Interesse der Sowjetunion in der Konsolidierung des Ostblocks lag. Andere Deutungen sehen in der Note vor allem ein aggressiv gegen den Westen gerichtetes Moment (Wettig) oder betonen die disziplinierende Wirkung, die sie auf die DDR-Führung ausgeübt habe (Filitov).

Nachdem die Forschung sich zunächst auf die innenpolitische Debatte über die Stalin-Note in der Bundesrepublik konzentriert und dann in den späten 70er und 80er Jahren die Haltungen der Westmächte ins Visier genommen hatte, sind mit der Öffnung der sowjetischen Archive die UdSSR und Stalin, also die primären Akteure, selbst in den Fokus gerückt. In den 1990er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrhunderts haben Gerhard Wettig, Stein Bjørnstad, Aleksej Filitov und Wilfried Loth sowjetische Quellen zur Geschichte der Stalin-Note erschlossen und interpretiert. Am weitesten vorgedrungen ist nun der österreichische Historiker Peter Ruggenthaler, der eine umfangreiche Dokumentation vorgelegt hat, die vor allem aus dem Molotovbestand im Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte schöpft und damit dem eigentlichen Entscheidungszentrum so nahe kommt wie keine andere bisherige Studie. Ruggenthalers Befund ist eindeutig: Die Stalin-Note war nicht als ernsthaftes Angebot, sondern als Störmanöver geplant, sie war - so der Titel seines Buches - "Stalins großer Bluff".

Jürgen Zarusky

## **Quellen- und Literaturhinweise**

Bjørnstad, S., *The Soviet Union and German unification during Stalin's last years*, Oslo 1998.

Filitov, A., "Sovetskij Sojuz i germanskij vopros v period pozdnego stalinizma (k

voprosu o genezise "stalinskoj noty" 10 marta 1952 goda)", in: #ubar'jan, A. (verantw. Red.), Stalin i cholodnaja vojna, Moskau 1998, S. 315-349.

Jäckel, E. (Hg.), Die deutsche Frage 1952-1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt a.M. u.a. 1957.

Loth, W., "Das Ende der Legende. Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2002, Jg. 50, H. 4, S. 653-664.

Ripper, T., "Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Die Entwicklung der wissenschaftlichen Debatte", in: Zeitgeschichte, 1999, Nr. 26, S. 372-396.

Rodovi#, Ju., "O "note Stalina" ot 10 marta 1952 g. po germanskomu voprosu", in: Novaja i novejšaja istorija, 2002, Nr. 5, S. 63-79.

Ruggenthaler, P. (Hg.), Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007.

Schwarz, H.-P. (Hg.), Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart 1982.

Steininger, R., Die Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985.

[Volkov, V.] Wolkow, W., "Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952)", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 2000, Jg. 48, H.1, S. 20-49.

Zarusky, J. (Hg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von W. Loth, H. Graml und G. Wettig, München 2002.

## **Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über den Friedensvertrag mit Deutschland**

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika darauf aufmerksam zu machen, daß, obwohl seit Beendigung des Krieges in Europa bereits etwa sieben Jahre vergangen sind, immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wurde.

Um diesen unnormalen Zustand zu beseitigen, wendet sich die Sowjetregierung, die das Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der an die vier Mächte gerichteten Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland unterstützt, ihrerseits an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit dem Vorschlag, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen, damit in nächster Zeit ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf vorbereitet und einer entsprechenden internationalen Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Staaten zur Prüfung vorgelegt wird.

Es versteht sich, daß ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muß. Hieraus folgt, daß die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen müssen, die die schnellste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern.

Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetregierung ihrerseits den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor.

Die Sowjetregierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen.

Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort der

Regierung der USA auf den obenerwähnten Vorschlag zu erhalten.

Gleichlautende Noten hat die Sowjetregierung auch an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs gerichtet.

Entwurf der Sowjetregierung über die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland

Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen, jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag, es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gesetzt werden. Das entspricht dem Willen aller friedliebenden Völker.

Ohne den schnellsten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland kann eine gerechte Behandlung der rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht gewährleistet werden.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ist von großer Bedeutung für die Festigung des Friedens in Europa. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wird die endgültige Lösung der Fragen ermöglichen, die infolge des zweiten Weltkrieges entstanden sind. An einer Lösung dieser Fragen sind die europäischen Staaten, die unter der Hitleraggression gelitten haben, besonders die Nachbarn Deutschlands, zutiefst interessiert. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird zu einer Besserung der internationalen Gesamtlage und damit zur Herstellung eines dauerhaften Friedens beitragen.

Die Notwendigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, wird dadurch diktiert, daß die Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der zwei Weltkriege entfesselt hat, nicht beseitigt ist, weil die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz immer noch nicht durchgeführt sind. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll gewährleisten, daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird für das deutsche Volk die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeiführen, die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staates in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen fördern und dem deutschen Volk die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern sichern.

Davon ausgehend, haben die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs beschlossen, unverzüglich mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen.

Die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind der Meinung, daß die Vorbereitung eines Friedensvertrages unter Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, erfolgen muß, und daß der Friedensvertrag mit Deutschland auf folgenden Grundlagen aufgebaut sein muß:

Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland

Die Teilnehmer

Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben.

Politische Leitsätze

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu

entwickeln.

2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländische Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.

3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.

4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generäle, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschland.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium

Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze

Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt.

Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

Militärische Leitsätze

1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Deutschland und die Organisation der Vereinten Nationen

Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

Rev. Übersetzung hier nach: Europa-Archiv, 1952, 7. Folge, S. 4832-4833.

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0031\\_not.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0031_not.pdf)

Datum: 20. September 2011 um 18:57:22 Uhr CEST.

© BSB München

---